

"Abwrackprämie ein Verbrechen"

MdB Sylvia Kotting-Uhl spricht im Gasthof Herrmann über grüne Umweltpolitik



Beate Müller-Gemmeke (links) und Sylvia Kotting-Uhl Herrmann über Umweltpolitik.

Foto: Frenz

"Mit neuer Energie gegen Atomkraft, Kohle und Wirtschaftskrise": Ein Thema, das spannend klingt und doch nur 20 Interessierte zur Veranstaltung der Grünen in den Gasthof "Herrmann" lockte.

REINER FRENZ

Münsingen Die Alb ist noch keine Hochburg der Grünen. Klar: Ferienzeit und schönes Wetter taten ihr Übriges, dennoch hätte man mehr Besucher erwarten können, als am Montagabend die umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Sylvia Kotting-Uhl, im Gasthof Herrmann über die Wirtschaftskrise und die Chancen erneuerbarer Energien sprach. 20 Zuhörer hatten sich dazu eingefunden, die waren immerhin interessiert bei der Sache, wie die anschließende mehr als einstündige Diskussion bewies.

Eingangs der Veranstaltung stellte sich Wahlkreis Kandidatin Beate Müller-Gemmeke vor. Sie hat mit dem Listenplatz 5 praktisch den Fahrschein nach Berlin in der Tasche und wird als "ausgewiesene Sozialpolitikerin" (Kotting-Uhl) die Grünen-Fraktion in der Bundeshauptstadt entscheidend verstärken. Klimaschutz und Wirtschaft müssten sich nicht ausschließen, betonte Müller-Gemmeke, die sich für einen dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien einsetzt.

Mit der Klimakrise stieg Sylvia Kotting-Uhl ein. Es gebe ja Stimmen, wonach ein paar Grad mehr und Toskana-Klima in Deutschland doch ganz prima wären. Doch die Landwirte würden schon heute merken, was auf uns zukomme: "Es wird zu extremen sozialen Verwerfungen kommen", prophezeite die 56-Jährige. Die Probleme mit Flüchtlingen heute in Europa seien nur ein "blasser Abglanz dessen, was noch kommt".

"Wir wirtschaften falsch", konstatierte die Bundestagsabgeordnete. Es werde zu viel Energie, Wasser und Land verbraucht und mittlerweile werde das Klima zerstört, "und das lässt sich nicht reparieren". Jeder Politik, die sich heute noch weigere, rücksichtslosem Produzieren und Konsumieren Schranken zu setzen, müsse man Vorwürfe machen. Dabei ist sich Kotting-Uhl sicher: "Hoher Lebensstandard, Klimaschutz und Wirtschaftskraft lassen sich unter einen Hut bekommen."

Mit der Abwrackprämie ("die halte ich für ein Verbrechen an zukünftigen Generationen") jedenfalls könne die Wirtschaftskrise nicht gelöst werden. Mit ihr würden nur die alten Strukturen zementiert. Es gehe vielmehr darum, die Industrie zukunftsfähig zu machen.

Eine Million neue Jobs zu schaffen, ist Teil des Wahlprogramms der Grünen, schließlich hänge sozialer Frieden von der Erwerbstätigkeit ab. 400 000 Arbeitsplätze könnten in der Ökologisierung der Wirtschaft entstehen. Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse erzeuge Arbeit, Kernkraftwerke würden dies nicht tun. 185 000 Jobs sollten im Bereich Bildung entstehen, 150 000 im Pflegebereich und 200 000 durch den Abbau von Schwarzarbeit und das wiederum funktioniere nur durch die Kürzung der Sozialabgaben für untere Einkommensbereiche.

In der Fragerunde wurden Themen wie das Sahara-Solarprojekt, Geothermie, Grundeinkommen und Bildungsfreiheit angesprochen.